

Beschlussauszug

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2011

Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit "Bürgeramt"

Berichterstattung: Herr StD Dr. Slawig / Herr Paßmann (Der Abschlussbericht sowie eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse wurden bereits zugestellt)

Herr von Wenczowsky weist eingangs darauf hin, dass die Bezirksvertretung Cronenberg in ihrer Sitzung am 10.02.2010 der Schließung des Bürgerbüros nicht zugestimmt hat. Der Rat der Stadt habe am 12.07.2010 anders beschlossen. Heute erfahre die Bezirksvertretung nun, wie das künftige Konzept aussehen solle.

Herr StD Dr. Slawig stellt zunächst einige Eckpunkte des Konzeptes „Bildung eines neuen Bürgeramtes“ dar. Es gehe um die Bündelung von Einrichtungen, unter einer neuen Leitung, nämlich des Einwohnermeldeamtes, des Standesamtes, des ServiceCenters und der Bürgerbüros, die allesamt Aufgaben der Bürgerorientierung wahrnehmen. Die Verwaltung sei der Meinung, dass die Aufgaben auf diese Weise effizienter erledigt werden können. Dies habe der Rat der Stadt bereits am 12.07.2010 beschlossen, mit der Maßgabe, dass pro Jahr 300.000 € eingespart werden sollen, was 6 Vollzeitstellen entspreche, die sozialverträglich abgebaut werden sollen. Gleichzeitig habe der Rat der Stadt beschlossen, dass die Leistungen in den Bürgerbüros eingeschränkt werden müssen, was bereits einen Kompromiss bedeute. Denn er selbst habe ursprünglich vorgeschlagen die Bürgerbüros ersatzlos zu streichen bzw. zu schließen, was kaufmännisch betrachtet die größtmögliche Einsparung beinhalten würde. Damit hätte die Stadt noch wesentlich mehr als die genannten 300.000 € gespart. Der Einsparungsvorschlag sei Teil eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) von 60 Mio. €. Dies sei notwendig, weil die Stadt pro Tag 500.000 € neue Schulden machen müsse, um ihre Zahlungsfähigkeit zu erhalten. Trotz dieser Anstrengungen habe Wuppertal aktuell 2 Mrd. € Schulden und werde in diesem Jahr überschuldet sein. Wäre die Stadt ein Unternehmen, müsste sie im Juni/Juli/August Insolvenzantrag stellen. Wer den Eindruck erwecke, als ob man ums Sparen herumkommen würde oder dass man so sparen könne, dass keiner etwas merkt, der sei ein politischer Illusionskünstler. Dies würde nicht weiter führen, angesichts der soeben beschriebenen dramatischen Situation. Nur ein bisschen so tun als ob, habe mit Verantwortung nichts zu tun. Da müsse man auch unbequeme unpopuläre Entscheidungen treffen. Er werbe um Verständnis für die Notwendigkeit und verschweige nicht, dass diese mit Einschränkungen verbunden sei. Er höre des Öfteren, dass stattdessen mehr an anderer Stelle gespart werden sollte. Nur, solange es keine konkrete umsetzbare Alternative gebe, müssten vertretbare verantwortbare Maßnahmen getroffen werden.

Der vom Rat beschlossene Kompromiss bedeute Einschnitte für das Bürgerbüro Cronenberg konkret insofern, als es nur noch 9 Std. statt bisher 26 Std. geöffnet sein werde, also eine deutliche Reduzierung. Darüber hinaus werde es in den Bürgerbüros künftig kein Pass- und Personalausweiswesen und auch keine normalen Trauungen mehr geben. Innerhalb der verkürzten Öffnungszeiten könnten schon rein organisatorisch nicht mehr die bisherigen Fallzahlen abgewickelt werden. Die Verwaltung habe sich für den Verzicht auf die Leistungen entschieden, die zwar von der Fallzahl her hoch seien, von den einzelnen Bürgern jedoch relativ selten in Anspruch genommen würden. Einen neuen Personalausweis oder Reisepass benötige man alle 10 Jahre, und er halte es für durchaus zumutbar, dass man dafür alle 10

Jahre nach Barmen zum Einwohnermeldeamt am Steinweg fahren müsse. Andere in Wuppertal müssten dies schon seit ewigen Zeiten tun, weil es dort nie ein Bürgerbüro gegeben habe. Dem größten Stadtteil, Elberfeld, müte man dies genauso schon seit 8 Jahren zu. Natürlich würden im zentralen Meldeamt die Fallzahlen steigen. Deshalb würden dort Vorkehrungen getroffen, dass das Einwohnermeldeamt dies schaffe.

Etwas ähnliches gelte für die normalen Trauungen; auch die würden ja nicht so regelmäßig stattfinden, für den einzelnen, sondern eher relativ selten. Dann sei es zuzumuten, dass diese Trauungen entweder im Standesamt in Barmen stattfinden oder aber als Ambiente-Trauung - zu einem höheren Preis – überall in Cronenberg stattfinden können, an jedem Ort und zu fast jeder Uhrzeit. Dies könne im Bürgerbüro sein oder an anderen Orten in Cronenberg und darüber hinaus, wie im Zoo, im Elisenturm usw. Diese Ambiente-Trauungen erfreuten sich wachsender Beliebtheit und würden nicht von den normalen Standesbeamten durchgeführt, sondern von Standesbeamten, die dies nebenberuflich machten, und die seien viel flexibler, was Zeit und Ort angehe. (Anm.: Trauungen sind nur in gewidmeten Räumen möglich. Die weitaus überwiegende Zahl der Ambiente-Standesbeamt/innen führt auch normale Trauungen durch.)

Alles andere bleibe. Auch die Geschäftsführung für die Bezirksvertretung. Da bleibe es bei einem Geschäftsführer, und zwar dem heutigen. Der werde nicht immer in Cronenberg sein, aber auch in Barmen erreichbar sein. Damit werde die BV Cronenberg so gestellt wie andere sechs Bezirksvertretungen auch, die kein Bürgerbüro haben. Darüber hinaus werde die Verwaltung versuchen, soweit es eben gehe, sicherzustellen, dass möglichst immer die gleichen Mitarbeiter/innen jeweils im Bürgerbüro anwesend seien und jeden Tag eine andere Ansprechpartnerin. Dies sage er zu, abgesehen von Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen.

Personell würden die höheren Fallzahlen im zentralen Bürgeramt/Meldeamt am Steinweg zu bewältigen sein, denn die heute in den Bürgerbüros im Meldewesen tätigen Mitarbeiterinnen würden nach dort umgesetzt. Einsparungen vollzögen sich dort eigentlich gar nicht, sondern in den anderen Aufgaben der Bürgerbüros, die gestrichen werden. Wenn es am Steinweg zu Engpässen komme, werde man dort aufgrund der größeren Personaldecke leichter zu Umschichtungen kommen können. Trotzdem werde es dort zur Verlängerung der Wartezeiten kommen. Dies habe aber nichts mit den Bürgerbüros zu tun, denn die längeren Wartezeiten beständen schon heute, und zwar weil der elektronische Personalausweis und Reisepass mehr Bearbeitungszeit erforderten (mehr Beratung bei der Beantragung und bei der Ausgabe). Deswegen werde mehr Platz benötigt und deshalb das Einwohnermeldeamt innen drin durch bauliche Veränderungen aufteilen in eine Antrageebene im Erdgeschoß und eine ebenfalls barrierefrei zu erreichende Ausgabebene im 1. Obergeschoß.

Aus mehreren Bezirksvertretungen sei der Wunsch geäußert worden, die in der Vorlage genannten verkürzten Öffnungszeiten in den Bürgerbüros (9 Std. an 2 Vormittagen) zu verändern bzw. anders zu verteilen, nämlich auf einen Vormittag und einen Nachmittag, um auch den Berufstätigen entgegenzukommen. Er habe dies prüfen lassen, mit dem Ergebnis, dass dies machbar sei. Es werde zwar an den Personaleinsatz eine hohe Anforderung stellen, denn es gebe in diesem Bereich viele Teilzeitkräfte. Aber die Verwaltung werde dies machen, wenn die Bezirksvertretung dies wünsche und eine klare Empfehlung dazu abgebe.

Zum weiteren Vorgehen sei zu sagen: Der Rat der Stadt habe dies beschlossen; was er vortrage, sei die Umsetzung durch die Verwaltung. Einen neuen Ratsbeschluss o. ä. sei nicht erforderlich und werde es auch nicht geben. Die Verwaltung habe den Auftrag, den vorhandenen Beschluss zu erfüllen und werde dies auch tun. Zum 01. September 2011 solle die neue Struktur eingeführt werden. Es gebe noch viele Fragen zu klären, die er heute noch nicht im Einzelnen beantworten könne. Ebenso werde noch viel Öffentlichkeitsarbeit erforderlich sein, damit alle Bürgerinnen und Bürger wüssten, was und wann sie ihre Anliegen in den Bürgerbüros bzw. im zentralen Bürgeramt erledigen können. Sowohl für das eine als auch das andere sei es ein Glücksfall, dass gerade jetzt die Leitung des neuen Bürgeramtes besetzt werde. Seitdem Herr Rubert im letzten Jahr in Ruhestand gegangen

sei, sei die Stelle des bisherigen Leiters des Einwohnermelde- und Standesamtes unbesetzt. Mit Genehmigung der Bezirksregierung dürfe sie nunmehr intern wiederbesetzt werden. Das Auswahlverfahren sei abgeschlossen. Die Bezirksvertretung Cronenberg kenne den künftigen Leiter gut und sei mit ihm betr. das Bürgeramt in guten Händen. Er glaube, dass es gelingen werde, eine schnelle Umsetzung des Konzeptes zu erreichen – trotz aller grundsätzlichen Kritik, die der Bezirksvertretung natürlich unbenommen bleibe. Die Stellenbesetzung solle jedenfalls kurzfristig erfolgen.

Insgesamt sei es ihm jetzt möglicherweise nicht gelungen, die Bezirksvertretung von den Vorzügen des Konzeptes restlos zu überzeugen. Aber er hoffe, es seien zumindest die Gründe deutlich geworden, warum der Rat auf Vorschlag der Verwaltung so beschlossen habe und dies als Kompromiss mit der Verwaltung jetzt von letzterer umgesetzt werde. Es hätte noch viel schlimmer kommen können, nämlich dass die Bürgerbüros ersatzlos aufgelöst werden. Der jetzige Kompromiss habe Nachteile, Einbußen, aber auch Chancen. Er bitte die Bezirksvertretung, die Chance zu nutzen, hieraus das Beste zu machen, damit Bürgerinnen und Bürger es auch annehmen und die reduzierten Dienstleistungsangebote intensiv angenommen würden.

Herr Stv. Vorsteher spricht das Thema der älter werdenden Gesellschaft an, das auch an Cronenberg nicht vorüber gehe. Hinzu komme, dass ältere Menschen in der Regel nicht so sehr mit dem Internet vertraut und entsprechend ausgestattet seien. Unter dem Aspekt, dass Seniorinnen und Senioren jenseits der 70 häufig auch kein Fahrzeug (mehr) besitzen, seien die Fahrzeiten mit dem ÖPNV gerade für diesen Teil der Bevölkerung doch sehr lang und die Wege weit. Der sonst seit einiger Zeit in allen Vorlagen vorgeschriebene Demografiecheck finde ausgerechnet zu dem heutigen Thema in der Drucksache nicht statt; hier müsse nachgearbeitet werden.

Er spricht sodann die derzeitigen Mietkosten des Bürgerbüros Cronenberg an. Die Grünen wüssten natürlich auch, dass gespart werden müsse. Auch im Ortszentrum Cronenberg wären sicherlich wesentlich billigere Lösungen denkbar (z. B. in dem Rösinger-Gebäude). Außerdem wäre der Bürgerschaft eine nur an 2 halben Tagen genutzte und ansonsten leer stehende Immobilie schwer zu vermitteln. Das Leistungsangebot werde drastisch eingeschränkt und die neuen Öffnungszeiten – das habe man an den vielen Unterschriften gesehen – gingen an den Wünschen der Cronenberger Bevölkerung vorbei. Seine Fraktion befürchte einen Tod auf Raten für das Bürgerbüro und damit am Ende keinen Service mehr vor Ort. Deshalb schlage er vor, das Gespräch auf eine höhere Ebene zu verlagern und zu einer der nächsten Sitzungen die für den Wahlkreis Cronenberg gewählten Abgeordneten, Herrn Hardt und Herrn Neumann, einzuladen. Ein von den Professoren Junkerheinrich und Lang erarbeitetes Entschuldungskonzept könnte ggf. aufzeigen, wie Wuppertal wieder handlungsfähig werden kann. Nach seinen Informationen sei das Land NRW inzwischen bereit (auch die CDU-Fraktion), Wuppertal zu unterstützen, jedoch fehle noch die Unterstützung der CDU-Fraktion im Bundestag. Wuppertal dürfe nicht weiter kaputt gespart werden. Resolutionen an den Bund reichten nicht mehr aus. Die Probleme seien nicht hausgemacht, sondern von mehreren Regierungen in Bund und Land wesentlich mit verursacht. Es müsse ein Entschuldungskonzept her für Wuppertal und andere betroffene Städte; die Bundesregierung müsse ihre Verweigerungshaltung aufgeben. Im Übrigen beantrage er Sitzungsunterbrechung, damit ein Vertreter der Bürgervereine, die sich ja in Sachen Bürgerbüro sehr engagiert hätten, zu Wort kommen könne.

Herr StD Dr. Slawig weist den Begriff des Kaputtsparens als polemischen und persönlichen Angriff zurück. Er lasse sich diesen Vorwurf nicht machen. Vielmehr bemühe man sich in dieser Stadt, trotz widriger Rahmenbedingungen auch noch Lebensqualität zu erhalten. Er nenne als Beispiele die Sanierungen von Schwimmpool, Opernhaus, Haus der Jugend sowie das Projekt Döppersberg. Hier werde versucht, Prioritäten zu setzen, Einschränkungen vorzunehmen, die unabweisbar seien, aber hier werde nicht kaputt gespart. Er bitte, diesen Ausdruck nicht mehr zu verwenden. Die Probleme Wuppertals würden auch nicht durch Einladen der beiden zweifellos geschätzten Abgeordneten gelöst. Er stimme zu, dass auf Bund und Land weiterhin Druck ausgeübt werden müsse. Ansonsten müssten konkrete

Alternativmaßnahmen benannt werden.

Herr Bock dankt, dass die FDP ihren Antrag kurzfristig mit einbringen durfte. Es werde insbesondere Wert darauf gelegt, dass das Bürgerbüro auch an Nachmittag zugänglich sein sollte, was von Herrn Dr. Slawig heute ja schon zugesagt worden sei. Die Punkte 2 und 3 sprächen für sich. Punkt 4 habe zum Ziel, dass die konkrete Ausgestaltung vom Hauptausschuss beschlossen und nicht vom Stadtkämmerer entschieden werden sollte. Es gebe offenbar noch Nachbesserungsbedarf. Das Bürgerbegehren der 4 Cronenberger Bürgervereine habe er nicht so ganz nachvollziehen können, denn es gebe schließlich einen klaren Beschluss des Rates der Stadt vom Juli 2010 zur Umsetzung des Sparkonzeptes. Unglücklicherweise seien zwei maßgebliche und politisch erfahrene Mitglieder dieser Bezirksvertretung Vorsitzende jeweils einer der Bürgervereine. Er hätte sich gewünscht, dass man den Bürgerinnen und Bürgern keinen Sand in die Augen streue, denn es sei klar, dass gespart werden müsse. Man werde mit Hilfe der Ausgestaltung das Beste für Cronenberg aus den Veränderungen machen.

Herr Kissing nimmt den von Herrn StD Dr. Slawig eingangs benutzten Begriff auf und bezeichnet den Stadtkämmerer als Illusionskünstler, wenn dieser glaube, die enormen Schulden der Stadt Wuppertal jemals auf normalem Weg abbauen zu können. Insofern frage er, was die Stadt mit der (Teil-)Schließung der Bürgerbüros erreichen möchte. Der erklärte Bürgerwille sei dagegen. Wieso werde dem nicht Rechnung getragen? Die Bürgerinnen und Bürger würden gar nicht gefragt.

Frau Abé erklärt, sie arbeite auch im Bürgerverein mit und möchte auch künftig enger damit zusammenarbeiten. Die Vorlage habe sie zunächst auch entsetzt. Sie sei insbesondere davon ausgegangen, dass es mindestens einen Nachmittag geben werde. Kompromisse, die in diesem Fall erforderlich seien, täten immer weh; es müssten sich immer beide Diskutierenden bewegen. Nach den Ausführungen heute sei sie etwas beruhigter. Sie sehe für sich eine deutliche Bewegung in die richtige Richtung und müsse damit auch ihre bisherige Meinung ein wenig revidieren.

Frau Schmidt erinnert an die Veranstaltung ihrer Fraktion mit Herrn StD Dr. Slawig in Suberg im Januar 2010, bei der die Schließung des Bürgerbüros ein großes Thema gewesen sei. Die Bezirksvertretung habe dann einen Monat später dem HSK in diesem Punkt nicht zugestimmt. Sie möchte heute auch einmal etwas Positives in die Diskussion bringen und den Bürgerinnen und Bürgern als Erfolg mitteilen, dass zumindest durch die Hartnäckigkeit der Bezirksvertretung der heute vorgestellte Kompromiss herausgeholt worden sei. Dafür möchte sie danke sagen. Nach den Ausführungen des Stadtdirektors könne sicher nachvollzogen werden, dass die Stadt sparen müsse. In der Privatwirtschaft wäre mit diesen Schulden die Insolvenz eingetreten, mit allen bekannten Folgen, insbesondere vielen arbeitslosen Menschen. Ihre Fraktion hätte sich trotz allem zumindest einen halben und einen vollen Öffnungstag des Bürgerbüros gewünscht. Wenn dies aber nicht möglich sei, dann sollte man die zwei halben Tage für Cronenberg dankend annehmen und die Geschäfte mit Hilfe des jetzigen Geschäftsführers und den bekannten Kolleginnen in den nächsten Jahren abgewickelt bekommen.

Herr Abé dankt für den ausführlichen Bericht und spricht sich für die Öffnung des Bürgerbüros am Dienstagnachmittag und am Mittwochvormittag aus.

Herr Stv. Ramette stimmt Herrn StD Dr. Slawig zu, dass man durch Einladen von Bundes- und Landtagsabgeordneten allein keine Lösung der Probleme schaffe. Gleichwohl halte er es für sehr wichtig, Gespräche zu führen bzw. im Gespräch zu bleiben. Im Übrigen gebe er zu bedenken, dass durch reduzierten Öffnungszeiten aller Bürgerbüros zusammen mit den 300.000 € Einsparung jährlich eine Minderverschuldung von gerade mal 0,164 % pro Jahr erreicht werde – ausgehend von 182 Mio. € jährlich.

Herr StD Dr Slawig bestätigt, die Beiträge von Bund und Land zur Haushaltskonsolidierung

seien notwendig und müssten höher ausfallen als bisher. Durch die Einladung der beiden Abgeordneten werde keine kurzfristige Lösung erreicht. Es sei auch eine Illusion zu glauben, dass sich Bund und Land sehr viel bewegen würden. Der Bund habe sich bereits bewegt hinsichtlich der Grundsicherung im Alter, was für Wuppertal 25 Mio. € / Jahr ausmache. Im Land sei der Prozess noch nicht abgeschlossen. Zweierlei stehe jetzt schon fest: Selbst dann werde noch ein hoher Fehlbetrag bleiben, den Land und Bund der Stadt nicht abnehmen würden. Der Innenminister des Landes NW habe außerdem noch einmal explizit deutlich gemacht, dass es nur Hilfe zur Selbsthilfe geben werde und das Land nur für die Städte etwas tun werde, die selbst zur Senkung der Verschuldung beitragen.

Wenn es ihm und dem Oberbürgermeister nicht wichtig wäre, den Bürgerwillen ernst zu nehmen, würde er heute gar nicht hier sein. Gerade jedoch die Bereitschaft zum Gespräch sei ihm wichtig. Er sei Frau Schmidt im Übrigen für ihren Hinweis dankbar, denn er habe sich ja in den Verhandlungen bewegt. Der heutige Kompromiss sei unter dem Druck der Fraktionen sowie der Bürger- und Bezirksvereine zustande gekommen. Dieser habe im Rat der Stadt eine große Mehrheit erhalten, und er werbe nun darum, diesen umzusetzen und das Beste daraus zu machen. Zu den Öffnungszeiten an welchen Tagen könne er heute nichts abschließend zusagen. Dies müsse vom neuen Leiter des Bürgeramtes mit seinen Führungskräften noch erarbeitet werden. Die Bezirksvertretung werde von dort demnächst noch unterrichtet, wie es konkret weitergehe.

Herr Stv. Vorsteher möchte wissen, wo denn das Ende der Einsparungsbemühungen zu sehen sei. Seine Fraktion könne dies nicht erkennen. Vielmehr habe sie den Eindruck, dass zu viel bereits im vorausseilenden Gehorsam eingespart werde, ohne zu wissen, wie viel die Stadt einsparen müsse bzw. wie hoch der Anteil von Bund und Land sein werde.

Herr StD Dr. Slawig entgegnet, er könnte es sich einfach machen und sagen, er fülle seine Aufgabe nach den Vorschriften des Landes NW zur vorläufigen Haushaltsführung aus, unterschrieben vom Innenminister des Landes. Nach eigenem Verantwortungsverständnis könne er jedoch nicht schlafen angesichts einer derart gigantischen Verschuldung der Stadt. Jeder wisse inzwischen von drei Volkswirtschaften in Europa, wohin dies führen könne. Dies treffe die deutschen Städte so nicht, solange es Banken gebe, die den Städten weiterhin Kredite gewähren, obwohl sie wissen, dass diese die Zinsen dafür nur mit neuen Krediten zurückzahlen können. Konkret auf das Bürgeramt bzw. die Bürgerbüros bezogen sollte in einem bis eineinhalb Jahren Bilanz gezogen und geprüft werden, was sich bewährt habe und was nicht. Vielleicht gebe es ja dann noch Veränderungsmöglichkeiten.

Herr Stv. Weigel bittet, hier keine Wahlkampfreden zu führen, die niemand hören möchte. Statt nur von Bund und Land zu reden, sollte man sich lieber auf das lokale Thema konzentrieren. Tatsache sei jedenfalls, dass hier ein großer Kompromiss erstritten worden sei. Auch innerhalb der eigenen Fraktion sei mehrfach über den einzuschlagenden Weg gerungen worden. Im Übrigen verweise er auf die in Berlin tätige Gemeindefinanzreform-Kommission.

Herr Kissing unterstreicht noch einmal den Antrag von Herrn Stv. Vorsteher, das Publikum mit einzubeziehen.

Herr von Wenczowsky lässt zunächst über den schriftlich vorliegenden Antrag der FDP abstimmen. S. E. wären die darin enthaltenen Punkte evtl. besser in der Juli-Ratssitzung 2010 aufgehoben gewesen. Er weist dabei auf die heute mdl. vorgetragenen Varianten hin: Ein Vor- und ein Nachmittag / Dienstagnachmittag und Mittwochvormittag / ein Dienstleistungsnachmittag nicht nur bis 16.00 h und fragt Herrn Bock, ob er seinen Antrag modifizieren möchte.

Herr Bock entgegnet, letztes Jahr seien alle von 2 vollen Tagen ausgegangen. Eigentlich müsste dies noch einmal geprüft werden. Ansonsten auf jeden Fall, dass ein Nachmittag dabei sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2011

Der Antrag der FDP wird abgelehnt.

Stimmenmehrheit (gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie die Linke und bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und SPD sowie der WfW).

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2011

Dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung wird zugestimmt, um die Bürgervereine zu Wort kommen zu lassen.

Einstimmigkeit.

- - -

Frau Böttcher berichtet, die Bürgervereine hätten den Bürgerwillen zu spüren bekommen und auch ernst genommen. Deshalb hätten sie die Unterschriften gesammelt, was nicht mit einem Bürgerbegehren zu verwechseln sei. Diese 4.313 Unterschriften möchten die Vereine nun dem Stadtdirektor übergeben. Sie wüssten natürlich auch, dass gespart werden müsse, und seien froh, dass es einen Kompromiss gegeben habe. Immerhin habe man sich jedoch zumindest 2 volle Tage und die Beibehaltung der derzeitigen Leistungen erhofft, was für die meisten Cronenberger sehr wichtig sei. Die Bürgervereine hätten in der Abwägung zwischen Sparzwang und Bürgerorientierung, die der Oberbürgermeister als 6. Ziel auf der Homepage der Stadt mit aufgenommen habe, die Priorität auf Bürgerorientierung gelegt. Wenn gegen die Bürger gehandelt werde, würden sie verdrießlich, gingen nicht mehr wählen, ständen nicht mehr hinter ihrer Stadtspitze. Nur mit ihren Bürgern gemeinsam werde die Stadt Wuppertal wieder aus der derzeitigen Situation herauskommen. Wenn der Bürgerwille ernst genommen werde, könnten die Bürger auch gemeinsam mit Oberbürgermeister und Stadtkämmerer für Wuppertal marschieren.

Herr Tesche ergänzt, im Grunde habe Frau Böttcher alles gesagt. Er bedauere, die Bürgerferne zur Verwaltung werde immer größer. Den Cronenbergern werde mit der jetzigen Maßnahme auch die Identifizierung mit ihrer Wuppertaler Verwaltung genommen. Er sei enttäuscht von Teilen des Gremiums, die sich gegenseitig auf die Schulter klopfen und von einem tollen Kompromiss sprächen. Für ihn sei dies kein Kompromiss. Jeder fünfte Cronenberger habe die Unterschriftenlisten zur Erhaltung des Bürgerbüros in der heutigen Form unterschrieben, ganz ohne Druck oder Zwang, an einem Samstag bzw. durch Auslage in den Geschäften.

Herr StD Dr. Slawig bedankt sich für die Unterschriften. Auch wenn er inhaltlich nicht mit den Bürgervereinen übereinstimme, das Engagement sei beachtlich. Vielleicht finde sich mal ein Thema, bei dem ein gemeinschaftliches Engagement möglich wäre. Er bitte um Verständnis, dass seine Bewertung bei dem heutigen Thema anders ausfalle.

- - -

Herr von Wencowsky eröffnet wieder die Sitzung. Er dankt Herrn StD Dr. Slawig und Herrn Paßmann für ihre Ausführungen als ausführendes Organ des Rates der Stadt Wuppertal. Ein Kompromiss sei zwar da. Man werde versuchen, damit umzugehen, obwohl die Bezirksvertretung einen anderen Kompromiss erwartet hätte.

Für die Richtigkeit des Beschlussauszuges, unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Sitzungsniederschrift:

Holger Müller
(Schriftführer)